

**Deputation für Umwelt, Bau,
Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft (S)**

**Bericht der Verwaltung
für Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
am 02.05.2019**

Licht in dunkle Gassen bringen – Mehr Sicherheit durch mehr Sichtbarkeit

Sachdarstellung:

Die Stadtbürgerschaft hat am 06.11.2018 auf der Grundlage des Antrags der Fraktion der FDP vom 29. Oktober 2018, Drucksache 19/860 S, folgenden Beschluss gefasst:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- 1. öffentliche Orte in der Stadt, die in der Dunkelheit nicht oder nur unzureichend ausgeleuchtet sind, unter Einbeziehung der Stadtteilbeiräte zu identifizieren und zu benennen;*
- 2. an diesen Örtlichkeiten gemeinsam mit den Akteuren vor Ort Beleuchtungskonzepte für eine ausreichende Ausleuchtung in der Dunkelheit zu entwickeln;*
- 3. der städtischen Deputation für Inneres sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.*

Die Verwaltung berichtet über die Umsetzung dieses Auftrages wie folgt:

Zu Punkt 1 und Punkt 2:

Derzeit werden Anfragen und Beschwerden der Polizei, der Beiräte, der Ortsämter, der Anlieger etc. vom Amt für Straßen und Verkehr geprüft. Die Priorisierung und Umsetzung erfolgt in Abhängigkeit von der Verkehrsbedeutung, der Anzahl der betroffenen Anlieger und den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Aufgrund des o.g. Beschlusses der Stadtbürgerschaft vom 06.11.2018 hat ein gemeinsames Gespräch mit dem Senator für Inneres, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und dem Amt für Straßen und Verkehr stattgefunden. Um den o.g. Punkten zukünftig noch stärker gerecht zu werden wurde folgende Verfahrensweise abgesprochen:

- Es soll eine Arbeitsgruppe „Licht“ mit Beteiligung des Senators für Inneres, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und dem Amt für Straßen und Verkehr, die unterhalb der Lenkungsgruppe „Städtebauliche Prävention“ angesiedelt ist, eingerichtet werden. Termine sollen in Anlehnung an die Lenkungsrunde regelmäßig stattfinden.

- Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, die verschiedenen Vorschläge der o.g. Beteiligten über die als unzureichend bezeichnete Beleuchtung zu koordinieren. Die Vorschläge werden jeweils in Listen zusammengestellt und vor der Sitzung der Arbeitsgruppe dem Amt für Straßen und Verkehr zur technischen Vorprüfung zugeleitet.

Die Polizei ist insbesondere durch die Kontaktbereichsbeamten und das Präventionszentrum stark im Stadtteil vernetzt und ist in der Lage, die Bedürfnisse zu den Angstorten in der Region zu erfassen und zu bewerten. Sofern mangelnde Beleuchtung ein Grund für einen Angstort ist, wäre dieser Angstort in der Liste der Polizei aufzuführen.

Durch die Beteiligung der Polizei und Mitarbeiter*innen aus dem Ressort „Soziales“, die entsprechend starke Verknüpfungen vor Ort und zu den Ortsämtern haben, werden somit neben vertraglichen Belangen auch die Belange der Ortsteile einbezogen. Über das Amt für Straßen und Verkehr fließen die konkreten Vorschläge der Beiräte und Anwohner*innen mit ein.

- Aus den verschiedenen Listen wird innerhalb der Arbeitsgruppe eine gemeinsame Prioritätenliste entwickelt. Anhand dieser Prioritätenliste können dann entsprechende Haushaltsmittel angefordert werden.
- Derzeit stehen für v.g. Maßnahmen keine eigenen Haushaltsmittel zur Verfügung. Es müssen hierfür gesonderte Haushaltsmittel eingeworben werden. Auf Wunsch der Beiräte könnten ggf. Mittel des Stadtteilbudgets dafür verwendet werden.

Zu Punkt 3:

Der städtischen Deputation für Inneres sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft wird nach Erarbeitung der ersten Prioritätenliste berichtet. Der Zeitpunkt kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

Beschlussvorschlag:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.